

SOZIALPOLITIK

Veröffentlicht auf *Sozialpolitik* (<http://www.sozialpolitik.com>)

[Startseite](#) > druckoptimiert > Hintergrund: Soziale Gerechtigkeit

Hintergrund: Soziale Gerechtigkeit

Die Hintergrundinformationen zum Thema *Soziale Gerechtigkeit* beschreiben die Entwicklung des deutschen Sozialsystems und vermitteln einen Überblick über die soziale Gesetzgebung. Sie untersuchen die Entwicklung von Armut und die Verteilung von Vermögen in Deutschland. Künftige Herausforderungen für den Sozialstaat werden beleuchtet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland wirtschaftlich und sozial am Boden. Den Menschen war klar, dass wirtschaftliche Not nie wieder Ursprung für Menschen verachtende Ideologien und Diktaturen sein darf.

Aus dieser Erkenntnis wurde das Konzept der sozialen Marktwirtschaft entwickelt. Danach ging es in der Bundesrepublik Deutschland steil bergauf: Der erfolgreiche Wiederaufbau, das Wirtschaftswunder in den 1950er-Jahren und die Vollbeschäftigung bis 1957 waren zu einem großen Teil der sozialen Marktwirtschaft zu verdanken.

Als einer der Vorreiter gilt der erste Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard. Wettbewerb war für ihn ein zentrales Prinzip des Wirtschaftslebens. Den rechtlichen Rahmen dafür sollte der Staat schaffen, damit wirtschaftliche Übermacht den freien Wettbewerb und die Rechte der Schwächeren nicht gefährden konnte.

So entstand ein politisches Konzept, das persönliche Freiheit, ökonomische Effizienz und soziales Engagement miteinander verband. Die Bürger wurden durch den Sozialstaat abgesichert, der vor allem in den 1970er-Jahren zu einem umfassenden Sozialsystem ausgebaut wurde. Dieses System hat lange Zeit gut funktioniert, und es besteht heute noch. Seit mehreren Jahrzehnten gehört Deutschland zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt.

Soziale Sicherung im Wandel

Als Reaktion auf das Wirtschaftswunder in den 1950er-Jahren wurden die Leistungen auf allen Gebieten der Sozialversicherung immer weiter erhöht. Im Zuge dessen stiegen auch die Beiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber für die soziale Absicherung zahlen. Eine Arbeitsstunde kostete nur in wenigen Ländern mehr als in Deutschland. Dies galt als eine der Hauptursachen für die sinkende Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Die hohen Kosten der Wiedervereinigung Deutschlands 1990, der demografische Wandel und eine wirtschaftliche Krise mit einer sinkenden Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie steigenden Kosten für die gesetzliche Altersvorsorge und das Gesundheitssystem belasteten die Sozialversicherungssysteme. Um sie zu stabilisieren, schuf die Bundesregierung eine wichtige Grundlage: die *Agenda 2010*. Dieses Bündel von Gesetzen wurde von 2003 bis 2005 umgesetzt und umfasste einen grundlegenden Umbau des Arbeitsmarktes sowie Veränderungen bei der Krankenversicherung und Rentenversicherung. Es führte dazu, dass die Menschen sich nicht mehr allein auf die Sozialversicherungen verlassen können und mehr Eigenleistung nötig ist. Vor allem bei der Rente ist es wichtig, zusätzlich individuell vorzusorgen und Geld für das Alter anzulegen.

Mittlerweile steht Deutschland im europäischen Vergleich auf Platz acht in der Rangliste der Lohnkosten. Aufgrund der steigenden Sozialversicherungsbeiträge bedeutete dies für viele Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren sinkende Reallöhne, da sich gleichzeitig die Verbraucherpreise erhöhten und die Löhne und Gehälter nur geringfügig stiegen.

Eines der zentralen sozialpolitischen Herausforderungen bleibt es, die Finanzierungslücke bei den sozialen Sicherungssystemen zu schließen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten.

Weitere Informationen erhalten Sie in den Hintergrundinformationen [Sozialpolitik im Wandel](#) [1].

Arm und Reich

Den Begründern der sozialen Marktwirtschaft schwebte eine Gesellschaft vor, in der die Kluft zwischen den Reichen und den Armen möglichst klein ist. Die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen bleibt bestehen, aber der Staat greift regulierend ein, wenn die Wirtschaft soziale Ungerechtigkeit schafft. Der Einzelne soll nicht auf sich alleine und seine Leistungsfähigkeit angewiesen sein, sondern im Notfall mit der Solidarität und der Unterstützung der Allgemeinheit rechnen können.

Diese Vorstellung prägt unser Wirtschaftssystem bis heute. Der Staat kommt seiner sozialen Verantwortung nach, indem er die wirtschaftlich Schwachen unterstützt. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und schwacher Konjunktur nimmt der Anteil der Armen in der Gesamtbevölkerung zu. Und selbst bei einem Konjunkturaufschwung und derzeit sinkenden Arbeitslosenzahlen, gibt es noch ein Armutsrisiko aufgrund der zunehmenden Anzahl befristet und geringfügig Beschäftigter sowie des wachsenden Niedriglohnssektors.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg der Anteil der von Armut gefährdeten Bevölkerung in Deutschland von 12,2 Prozent im Jahr 2005 auf 16,1 Prozent im Jahr 2013. Armutsgefährdet ist, wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Auch die Einkommensarmut hat zugenommen, also der Anteil der Menschen, der trotz Erwerbstätigkeit nicht genug Geld zum Leben hat.

Weitere Informationen erhalten Sie in den Hintergrundinformationen [Armut und Reichtum](#) [2].

Finanzkrise und Staatsschulden

Im Jahr 2009 begann eine weltweite Finanzkrise, die auch Deutschland stark unter Druck setzte. Um die Folgen der Krise abzumildern, schnürte die Bundesregierung innerhalb eines halben Jahres zwei Konjunkturpakete mit finanziellen Hilfen für Bürger, Unternehmen, Städte, Kommunen und Banken. Zusätzlich wurden neue Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht, um die Konjunktur anzukurbeln, Krisen künftig zu vermeiden und negative Auswirkungen möglichst gering zu halten.

Als man glaubte, die Finanzkrise einigermaßen überwunden zu haben, schockierte die Nachricht vom drohenden Staatsbankrott einiger EU-Länder, der die Stabilität des Euro in Gefahr brachte. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union vereinbarten Schutzschirme für überschuldete Länder, die Bundesrepublik Deutschland übernahm Milliardenbürgschaften für Kredite. Am 2. März 2012 wurde der Europäische Fiskalpakt unterzeichnet, der alle EU-Länder auf eine strenge Schuldengrenze verpflichtet. Einige europäische Länder leiden noch immer unter den Folgen der Finanzkrise.

Deutschland hat die Krise erstaunlich gut überstanden. Die Arbeitslosenzahlen sind in den vergangenen Jahren gesunken und die Zahl der Jobs befindet sich auf einem Höchststand. Der Konjunkturaufschwung soll genutzt werden, um das Milliardenloch im deutschen Bundeshaushalt zu schließen und die enormen Schulden abzutragen. Dafür hat die Bundesregierung ein Sparpaket auf den Weg gebracht: Im Jahr 2014 wurde erstmals seit 45 Jahren ein ausgeglichener Haushalt *ohne neue Schulden* erzielt. Nun wird der Schuldenabbau in Angriff genommen.

Soziale Gerechtigkeit durch soziale Gesetzgebung

Sozialversicherung

Die gesetzlichen Sozialversicherungen bieten eine Grundsicherung für alle, die in Not geraten. Die Versicherten bilden eine Solidargemeinschaft, in der die Stärkeren die Schwächeren unterstützen. Die Sozialversicherungen unterstützen Menschen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsminderung, Pflegebedürftigkeit, nach einem Unfall oder wenn sie im Alter nicht mehr arbeiten können. Bei Bedarf erhalten die Versicherten Geldleistungen und Sachleistungen. Indirekte Hilfe gibt es beispielsweise durch Eingliederungszuschüsse für Arbeitgeber, die schwer vermittelbare Personen einstellen.

Steuern

Der Staat sorgt außerdem durch Rahmensetzung für mehr soziale Gerechtigkeit: Zum Beispiel wird in Steuergesetzen festgelegt, wie viele Steuern zu zahlen sind und wofür sie ausgegeben werden. Das Gebot der Steuergerechtigkeit setzt voraus, dass die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ausgerichtet wird: Wer höhere Einnahmen hat, wird höher belastet und zahlt somit mehr in den gemeinschaftlichen Haushalt ein. Das Verhältnis zwischen Steuerzahlern und Empfängern von Sozialleistungen kann als solidarisches Umverteilungssystem betrachtet werden: Die Starken unterstützen durch ihre Steuern die Schwachen, etwa in Form von Arbeitslosengeld II oder Wohngeld.

Bildung

Das Bildungssystem und die soziale Absicherung stehen in einem engen Wechselverhältnis. Kaum ein anderer Faktor ist für die spätere persönliche und finanzielle Lebensqualität der Menschen so ausschlaggebend wie Schule und Ausbildung. Durch öffentliche Bildungseinrichtungen und Förderung von Ausbildung und Studium sollen möglichst allen Menschen die gleichen Startchancen zugesichert werden. Zahlreiche staatlich geförderte Maßnahmen wie Jugendwettbewerbe, Qualifizierungsinitiativen, Ausbildungsförderung oder Stipendien unterstützen diesen Prozess.

Arbeitsrecht und Arbeitsschutz

Gesetze zum Arbeitsrecht und Arbeitsschutz wahren die Rechte der Arbeitnehmer. So sichert der Kündigungsschutz Beschäftigte vor ungerechtfertigten Entlassungen, während das Betriebsverfassungsgesetz die Mitbestimmung von Arbeitnehmern festschreibt. Die Arbeitsschutzgesetze regeln Mutterschutz und Jugendschutz und bestimmen Mittel und Maßnahmen für die Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz.

Mindestlohn

Um das Lohnniveau zu steigern, wurden in einigen Branchen Mindestlöhne eingeführt. Der Gesetzgeber kann im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes branchenspezifische Mindeststandards für Arbeitsbedingungen und somit auch Mindestlöhne festlegen. Gegenwärtig gelten Mindestlöhne zum Beispiel in der im Baugewerbe, im Elektrohandwerk, in der Gebäudereinigung, in der Pflegebranche, in der Zeitarbeit und anderen. Dadurch sind weniger Menschen auf die Aufstockung ihres Einkommens durch Arbeitslosengeld II angewiesen. Am 1. Januar 2015 wurde durch das *Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie* eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze eingeführt. Der gesetzliche Mindestlohn liegt zunächst bei 8,50 Euro und wird im Abstand von zwei Jahren regelmäßig angepasst. Ein allgemein höheres Lohnniveau führt auch dazu, dass höhere Beiträge in die sozialen Systeme gezahlt werden.

Weitere Informationen erhalten Sie in den Hintergrundinformationen [Der gesetzliche Mindestlohn](#) [3].

Die Zukunft der Sozialsysteme

Soziale Gerechtigkeit bedeutet auch Rücksicht gegenüber kommenden Generationen. Das Durchschnittsalter in der Gesellschaft steigt, die Geburtenrate sinkt. Um die sozialen Systeme nachhaltig zu sichern, werden verschiedene Lösungen diskutiert. Das Für und Wider entzündet sich dabei meist an der Frage, inwiefern die jeweilige Maßnahme auch sozial gerecht ist.

Ein Beispiel dafür ist die gesetzliche Rentenversicherung: Hier soll die private, kapitalgedeckte Vorsorge das staatliche Umlageverfahren, bei dem die Beschäftigten die Renten finanzieren, ergänzen. Mit der Riester-Rente fördert der Staat den Aufbau einer privaten Altersvorsorge durch Zuschüsse oder steuerliche Vorteile. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit soll das gesetzliche Rentensystem stabilisieren. Darum wird die Regelaltersgrenze seit dem Jahr 2012 bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben.

Es wird auch überlegt, ob Selbstständige und Freiberufler in die gesetzlichen Sozialversicherungen integriert werden können, oder wie man mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen kann. Ziel ist es, die junge Generation nicht über Gebühr zu belasten, und gleichzeitig den Bürgern die private Vorsorge und

Absicherung zu ermöglichen.

Der Staat steht vor der großen Aufgabe, das System der sozialen Marktwirtschaft immer wieder anzupassen, um es auch in der Zukunft finanzierbar zu gestalten und bedürftigen Menschen weiterhin ein Auskommen zu sichern.

Stand Juli 2015

[Alles auf einer Seite anzeigen <](#)

- 1
- [2](#)
- [3](#)

[>](#)

0 Antworten

Weitere Materialien



Das Arbeitsblatt beleuchtet den Begriff *Soziale Gerechtigkeit* näher und befasst sich mit dem sozialen Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft.

[PDF herunterladen](#) [4]



Das Schaubild *Soziale Gerechtigkeit* veranschaulicht die Finanzen und Struktur des Bundeshaushalts sowie die Zusammensetzung des Sozialbudgets.

[PDF herunterladen](#) [5]

Lehrkräfte finden hier zum Thema *Soziale Gerechtigkeit* Informationen zu Lernzielen und methodisch-didaktische Hinweise.

[mehr lesen](#) [6]

Die Literaturliste zum Thema *Soziale Gerechtigkeit* bietet Link- und Lesetipps zur ergänzenden Lektüre.

[mehr lesen](#) [7]

- [Impressum](#)
 - [Wir über uns](#)
 - [Kontakt](#)
 - [Bestellen](#)
 - [Auszeichnungen](#)
 - [Partner](#)
 - [Hilfe](#)
-

Quell-URL: <http://www.sozialpolitik.com/artikel/hintergrund-soziale-gerechtigkeit>

Links:

- [1] <http://www.sozialpolitik.com/artikel/hintergrund-sozialpolitik-im-wandel>
- [2] <http://www.sozialpolitik.com/artikel/hintergrund-armut-und-reichtum>
- [3] <http://www.sozialpolitik.com/artikel/hintergrund-der-gesetzliche-mindestlohn>
- [4] <http://www.sozialpolitik.com/public-files/Arbeitsblatt-Soziale-Gerechtigkeit.pdf>
- [5] <http://www.sozialpolitik.com/public-files/Schaubild-Soziale-Gerechtigkeit.pdf>
- [6] <http://www.sozialpolitik.com/artikel/lernziele-soziale-gerechtigkeit>
- [7] <http://www.sozialpolitik.com/artikel/lesetipps-soziale-gerechtigkeit>